

Inforadar 39 Periode Januar bis Dezember 2023; aufgeschaltet am 16.2.2024

Geschätzte Inforadarempfängerinnen und -empfänger

Anbei eine Liste mit «wasserpolitisch» mehr oder weniger Relevantem aus dem Jahr 2023. Eine ergänzte (insbesondere auch noch mit mehr kantonalen Entscheiden) und bereinigte Übersicht werden wir erneut im «Wasserpolitischen Jahresrückblick 2023» in der Mai-Ausgabe der Zeitschrift *Aqua und Gas* publizieren.

Neben allen Sachen mit Wasser hat mich die Positionierung des Bundesrats zur verstärkten Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse vom 29.9.2023 gefreut:

<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-97923.html>

Die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und wie immer wünsche ich frohes Fischen in den mal seichteren, mal tieferen wasserpolitischen Gründen. Aus meiner Sicht für die **Eawag** besonders Relevantes ist mit diesem Signet bezeichnet:



Andri Bryner

Volksabstimmungen

Am 18. Juni hat das Schweizer Stimmvolk als indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative das Klimaschutzgesetz mit 59% Ja-Anteil angenommen. Bund und Kantone haben nun dafür zu sorgen, dass die notwendigen Massnahmen zur Anpassung an und zum Schutz vor nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels ergriffen werden. Explizit erwähnt sind: Anstieg der durchschnittlichen Temperatur und Veränderung der Niederschläge; intensivere, häufigere und lang andauernde klimatische Extremereignisse, Veränderungen der Lebensräume und der Artenzusammensetzung. Das Gesetz ist am 1.1.2024 in Kraft getreten.

Der Bundesrat...

- 1.2. / beantwortet die 22.4436 Interpellation von Alexandre Berthoud (FDP/VD) zur Verwendung von [Ammoniak aus Kläranlagen als Bio-Dünger](#). Der Bundesrat sieht eine Nutzung von Stickstoff aus Klärschlamm als Dünger positiv, allerdings mit der Bezeichnung Recycling- und nicht Bio-Dünger. Am 17.3. im NR erledigt.
-  25.1. / begrüsst Kommissionspostulat zur [Ausweitung des Abwassermonitorings](#) auf weitere Krankheitserreger als SARS-CoV-2 (am 3.5. vom Nationalrat überwiesen).
-  10.3. / verabschiedet die [Botschaft zur Teilrevision des Wasserbaugesetzes](#) (integrales Risikomanagement; Oberflächenabfluss). Im September 2023 stimmt der NR der Vorlage im Wesentlichen zu, für den Unterhalt von neu gestalteten Gewässerräumen soll der Bund für 5 Jahre die Kosten übernehmen. Das Gesetz kommt 2024 in den SR.
- 24.3. / schliesst die Vernehmlassung zu einer [Teilrevision der Biozidprodukteverordnung](#) unter anderem mit Massnahmen zur Risikominderung für wassergefährdende Biozide. Inkraftsetzung der Änderungen auf 1.1.2024.
- 5.4. / beschliesst [Änderung der ChemRRV](#): Ausnahmen für die Verwendung bestimmter Chemikalien.
- 24.5. / nimmt ablehnend Stellung zur Motion (23.3323) Valentine Python (GPS/VD) / übernommen von Léonore Porchet (GPS/VD): Bund soll Exposition gegenüber chemischen Schadstoffen (Synthetische Pestizide, Mikroplastik, Dioxine, fluororganische Verbindungen PFAS etc.) in der nationalen [Strategie zur Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten](#) integrieren und

dabei die Auswirkungen der Umweltverschmutzung und der endokrinen Disruptoren berücksichtigen. Ebenfalls lehnt der BR die Motion 23.3714 von Valentine Python (GPS/VD) / übernommen von Manuela Weichelt (GPS/ZG) ab: Gezielte Überprüfung der Risiken für die Gesundheit und die Biodiversität durch [SDHI-Pestizide](#) (enzymblockierende Fungizide).

- 12.6. / beantwortet die Anfrage ([23.7425](#)) von Ursula Schneider Schüttel zum [fehlenden Geld beim Bund für Gewässerrevitalisierungen](#) der Kantone.
- 16.8. / beantragt Ablehnung des Postulats 23.3892 von Kurt Egger (GPS/TG) für eine [Nationale Wasserstrategie](#). Eine solche sei nicht nötig, der Bund unterstütze aber die Kantone stark in ihren Anstrengungen für ein nachhaltiges regionales Wassermangement. Der BR verweist auf den [Grundlagenbericht zum Postulat Rieder](#) von 2022.
- 23.8. / nimmt ausführlich Stellung zur IP 23.3810 Matthias Jauslin (FDP/AG), zur Nutzung der Geothermie. Insbesondere auch zur Möglichkeit, [Grundwasser als Wärmespeicher](#) zu nutzen (wie auf dem Empa/Eawag Areal).
- 23.8. / heisst den Bericht „[Reifenabrieb als grösste Quelle von Mikroplastik](#). Massnahmen zur Verminderung" gut. (Erfüllung des Postulats 19.3559, Ursula Schneider Schüttel (SP/FR)) – [Grundlagenbericht der Empa](#).
- 23.8. / lehnt die Motion 23.3855 «[Regenwasser. Eine nachhaltige Ressource](#)» von Delphine Klophenstein Broggin (GPS/GE) ab. Die Regenwassernutzung sei – soweit sinnvoll – mit der bestehenden Gesetzgebung abgedeckt, begründet der Bundesrat. Die gleichlautende Motion von Céline Vara (GPS/NE) lehnt der Ständerat am 19.9. ab.
- 25.10. / führt Aussprache über [risikobasierte Regulierung für neue gentechnische Verfahren](#). Einer deren Vorteile, so hofft der Bundesrat, wäre ein reduzierter Pestizideinsatz.
- 15.11. / beantragt Ablehnung der Motionen 23.4197 von Philipp Matthias Bregy (M-E/VS) und 23.4289 von Christine Badertscher (GPS/BE) «[Pflanzenschutzmittel: Fast-Track-Zulassung](#) bei Wirkstoffen mit geringen Risiken». Die Schweiz würde mit einer beschleunigten Zulassung vom Verfahren in der EU abweichen und eine Zulassung von neuen Wirkstoffen innert 6 Monaten sei zu ambitioniert, begründet der BR.
- 22.11. / nimmt Stellung zur Interpellation 23.4263 von Manuela Weichelt (AL-ZG) «Schutz der Gewässer vor [Wassertemperaturanstiegen und zu hohen Nährstoffeinträgen](#)». Gemäss BR erfüllen 25 der grössten Seen der Schweiz die Sauerstoff-Anforderung der GSchV nicht:
- 29.11. / beantragt Ablehnung des Postulats 23.4262 von Felix Wettstein (GPS/SO), der Wasser sparen möchte mit [Alternativen zur gängigen Toilettenspülung](#).
- 29.11. / beantragt Ablehnung der Motion 23.4056 «Vorsichtige Lockerung des gegenwärtigen Verbots des [Wiederbesatzes mit Regenbogenforellen](#)» von Piere-Alain Fridez (SP/JU)
- 29.11. / beantragt Ablehnung des Postulats «Der Apron, [König des Doubs, stirbt](#). Weshalb?» von Piere-Alain Fridez (SP/JU).
- 10.1.24 / verabschiedet das Mandat für die Konferenz (12.-17.2.2024 in Samarkand, Usbekistan) zur Bonner [Konvention zum Schutz wandernder Wildtiere](#). Sie gilt auch für Wanderfische.
- 10.1.24 / eröffnet die Vernehmlassung zu einem [nationalen Leitungskataster](#) (Teilrevision des Geoinformationsgesetzes) bis zum 18. April 2024.
- 1.2.24 / Die [neue TBDV](#) tritt in Kraft. Unter anderem gilt neu ein Höchstwert für Bisphenol A von 2,5 µg/l im Trinkwasser.

Parlament (NR=Nationalrat, SR=Ständerat)

- 9.3. / SR nimmt Motion 22.3702 von Matthias Samuel Jauslin (FDP/AG) an, wonach der Untergrund, namentlich auch tiefes [Grundwasser, zur Wärmespeicherung](#) genutzt werden können soll. Siehe auch Stellungnahme BR zur Interpellation 23.3810.
- 9.3. / SR erledigt Interpellation 22.4595 von Céline Vara (GPS/NE) zu [kranken Fischen im Doubs](#). Der Bundesrat sieht keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf.
- 9.3. / SR überweist die Motion 22.4596 von Céline Vara (GPS/NE): «Keine neuen [Subventionen, die der Biodiversität und dem Klima schaden](#)» an die Kommission.
- 14.3. / SR beerdigt [Pestizid-Kurspflicht für Hobbygärtner](#). Motion Maya Graf (GPS/BL).
- 14.3. / NR Bruno Storni (SP/TI) zieht aufgrund der Antwort des Bundesrats sein Postulat 22.4455 über die [Umsetzung der Wasserkonvention von Helsinki](#) (Schutz und Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen) zurück.
- 15.3. / NR nimmt Postulat UREK (23.3006) über "[Potenzial für Erneuerungen und Erweiterungen bei der Grosswasserkraft](#)" an. BR hat nun 2 Jahre Zeit, um in einem Bericht das Potenzial für Erneuerungen und Erweiterungen bei der Grosswasserkraft zu konkretisieren. Dabei sollen schweizweit die Potenziale für den Ausrüstungsersatz, den Höherstau und Flussaustiefungen, Stollenaufweitungen bzw. Parallelstollen, Staumauererhöhungen sowie die Fassung neuer Zuflüsse analysiert werden.
- 15.3. / NR stimmt Postulat 23.3007 Matthias Jauslin (FDP/AG) und Roger Nordmann (SP/VD) zu, wonach die Artikel 29-33 des Gewässerschutzgesetzes revidiert werden sollen mit dem Ziel, die aus den [Restwasserbestimmungen](#) resultierenden Energieproduktionseinbussen zu verringern.
- 17.3. / NR erledigt Ip 22.4592 Aline Trede (GPS/BE) zu [toxischen Pflanzenschutzmitteln für Bienen, Gewässerlebewesen und Menschen](#). Der Bundesrat verwies auf die Verschärfung der PSMV für nichtberufliche Anwendungen. Privaten stünden keine besonders giftigen oder risikoreichen Pflanzenschutzmittel mehr zur Verfügung.
- 26.4. / Die Umweltkommission des Nationalrats hat die Motion 22.3929 angenommen, die [Grenzwerte für PFAS](#) verlangt. Mit einer Motion aus der Kommission 23.3499 werden auch Präventionsmassnahmen gefordert. Medieninfo der UREK.
- 1.6. / NR lehnt [Pa.Iv 22.414](#) Kamerzin mit 100:67 ab. Keine Beschneidung Beschwerderecht für Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie. Erwähnt insbesondere das «Ankurbeln» der Stromproduktion aus Wasserkraft.
- 6.6. / NR übernimmt die Motion [23.3498](#) seiner UREK-N «[Ehehafte Wasserrechte schützen](#) und einen klaren Rahmen für die Anwendung der Restwasserbestimmungen schaffen» gemäss Antrag BR abgeändert. Mit der Ablehnung des ersten Punktes (Eintrag von ehehaften Rechten ins Grundbuch), ist der umstrittenere Punkt vom Tisch. Der angenommene zweite Punkt fordert eine Regelung der Sanierungspflicht in Bezug auf Restwasser, damit Kraftwerksbetreiber Investitionssicherheit erhalten. Gemäss Bundesrat Albert Röstli soll dabei auf die Gleichbehandlung mit den konzessionierten Anlagen geachtet werden. Zudem soll es eine lange Übergangsfrist geben. Am 2.2.24 stimmt die UREK-S zu. Sie übernimmt gleichzeitig auch das Postulat 24.3007 von Daniel Fässler (Mitte/AI), das ein [Inventar der historischen Wasserkraftanlagen](#) in der Schweiz verlangt.
- 6.6. / NR nimmt die [Motion 22.3929](#) von Marianne Maret (Mitte/VS) zur «[Festlegung von PFAS-spezifischen Werten in Verordnungen](#)» an und folgt damit dem Ständerat. Der BR wird beauftragt, in den entsprechenden Verordnungen die folgenden PFAS spezifischen Werte festzulegen: - Grenzwerte und Bedingungen für die Entsorgung von Materialien (Abfallverordnung); - Konzentrationswerte zur Evaluierung der Belastungen des Bodens und der Untergründe (Altlasten-Verordnung und Verordnung über Belastungen des Bodens); - Grenzwerte für die Einleitung in Gewässer.

- 6.6. / NR Nationalrat lehnt die Motion UREK-NR 23.3499 «[Produkte mit perfluorierten Chemikalien PFAS bereits am Ursprungsort begrenzen](#)» ab. Der Bundesrat legt in seiner Stellungnahme dar, dass er diese Fragen in den Arbeiten zur Beantwortung des Postulats 22.4585 Moser «Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien» bearbeiten wird und deshalb Ablehnung der Motion beantragt.
- 12.6. / NR lehnt Postulat 21.3861 von Brigitte Crottaz (SP/VD) ab: [Auswirkungen von Pestiziden auf die Gesundheit](#). Standortbestimmung in der Schweiz.
- 13.6. / Pierre-Alain Fridez (SP/JU) zieht aufgrund der Antwort des BR seine Motion zur [Beseitigung von in Seen deponierter Munition](#) (23.3090) zurück.
- 13.6. / NR lehnt Postulat 21.4217 von Christophe Clivaz (GPS/VS) ab. Verlangt war ein Monitoringsystem zur Überwachung der [Auswirkungen von Pflanzenschutzmitteln auf die Gesundheit](#) der in der Landwirtschaft Beschäftigten und Anwohnenden.
- 16.6. / NR Ip Cyanobakterien: [23.3414](#) Ip Weichelt, erledigt; [23.3393](#) Ip Fivaz, verschoben, [23.7436](#) beantwortet in der Fragestunde. Der Bundesrat stellt sich auf den Standpunkt, dass längerfristig die wichtigsten Massnahmen, um [Blaualggen in den Seen](#) zu reduzieren, die Eindämmung der Klimaerwärmung und die Reduktion der Nährstoffeinträge wie Stickstoff und Phosphor seien. Kurzfristig sei die Information der Hundehalterinnen und Hundehalter die einzige Möglichkeit, um Hunde vor Vergiftungen durch Cyanobakterien zu schützen.
- 16.6. / NR erledigt Ip 23.3343 Cédric Wermuth (SP/AG): Kein [Verkauf von Trinkwasserquellen an ausländische Anleger](#). Das Thema hat medial Wellen geschlagen. Siehe auch Interpellation «[Keine Privatisierung des Wassers](#)» von Aline Trede (GPS/BE) 23.3933 (am 29.9 vom NR erledigt) und Motion 23.4151 (abgeschrieben) [Wasser gehört in Schweizer Hände](#).
- 16.6. / NR erledigt die Ip 23.3246 «[Vernachlässigt die Schweiz ihre Wasserinfrastrukturen?](#)» von Marcel Dobler (FDP/SG). Die Wasserversorgung und deren Weiterentwicklung liege in der Verantwortung der Kantone schreibt der BR in seiner Antwort. Der Bund fördere Innovationen auf verschiedenste Weise, so auch durch die Unterstützung von Fachverbänden.
- 16.6. / Nationalrat Raphaël Mahaim (GPS/VD) reicht eine Parlamentarische Initiative [23.447](#) ein mit dem Titel «[Der Umgang mit dem blauen Gold in der Schweiz und der Wassermangel.](#)» Sie fordert eine Ergänzung des Verfassungsartikels 76 zum Wasser, mit dem Ziel, die Voraussetzungen zu schaffen, dass künftig via Bundesrecht Instrumente und Mindeststandards erlassen werden können, zur Prävention und Bekämpfung der Wasserknappheit und zur Ressourcenplanung.
- 23.8. / NR lehnt das Postulat 23.38662 Clivaz zur [multifunktionalen Nutzung von Stauseen](#) ab.
- 16.9. / SR erledigt die Interpellation 23.3953 von Mathilde Crevoisier Crelier (SP/JU) «Belastete Standorte. Strategie für den Umgang mit Risiken vorhandener [Schadstoffe, die noch nicht identifiziert wurden](#) oder deren Gefährlichkeit unterschätzt wurde.» Der Bundesrat legt in der Antwort dar, dass man sich der Problematik der «Emerging Pollutants» sehr bewusst sei.
- 18.9. / NR nimmt [revidiertes WBG](#) an, das verstärkt auf ein integrales Risikomanagement bei Hochwasser setzt und auch Überflutungen durch Oberflächenabfluss (Starkregen) mitberücksichtigt. Mit kleinen Abweichungen bei der Finanzierung geht die Vorlage in den SR.
- 18.9. / NR lehnt die Motion 21.4204 von Jacques Nicolet (SVP/VD) ab, der [Wald in Grundwasserschutzzonen als Schutzwald](#) deklarieren wollte.
- 20.9. / NR nimmt entgegen der Stellungnahme des Bundesrats die Motion 22.3218 «Elektrifizierung der Landwirtschaft. [Anreize für den Einsatz effizienter und nachhaltiger Bewässerungssysteme](#)» von Benjamin Roudit (Mitte/VS) an.

- 💧 29.9. / NR und SR nehmen in den Schlussabstimmungen das «Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien» ([Mantelerlass](#)) an. Ziele der Neuregelung sind:
 - Erhöhung der Zielwerte Wasserkraft auf 37.9 TWh (2035) und 39.2 TWh (2050)
 - Zubau von 6 TWh Winterenergie - davon 2 TWh aus Wasserkraft
 - Grundsätzlicher Vorrang von 16 Wasserkraftprojekten vor anderen nationalen Interessen
 - Kein Verbot für die Nutzung von alpinen Schwemmebenen und Gletschervorfeldern von nationaler Bedeutung
 - Lockerung des Verbots bei Schwall-Sunk-Ausleitkraftwerken zur ökolog. Sanierung nach Art. 39a GschG, wenn wesentl. Beeinträchtigungen der Schutzziele des Objekts beseitigt werden können
 - Lockerung des Verbots zum Bau neuer Anlagen, wenn Restwasserstrecken in Schutzobjekte zu liegen kommen.

Nachdem der BR das Gesetz verabschiedet hatte, ging ein längeres Ringen in den Räten los. Bis kurz vor Ende umstritten waren insbesondere Lockerungen der Restwasservorschriften und beim Schutz von nationalen Biotopen und Vogelreservaten sowie die Schutzwürdigkeit von neuen Auen im Gebirge (Gletschervorfelder). Neben den 15 am «Runden Tisch Wasserkraft» priorisierten Wasserkraftwerken soll mit «Chlus» (Landquart) ein zusätzliches Wasserkraftprojekt von Erleichterungen in den Verfahren profitieren. Festgelegt wurde zudem, dass Solar- und Windanlagen von nationalem Interesse grundsätzlich anderen nationalen Interessen vorgehen, wenn sie nicht in einem geschützten Objekt nach Art. 5 NHG liegen, standortgebunden sind sowie im Richtplan verankert (Eignungsgebiete Art. 8 RPG). Bei Neubauten mit einer anrechenbaren Fläche ab 300m² soll es eine Solarpflicht geben. Für kleinere Flächen können die Kantone zusätzliche Vorschriften erlassen. [Referendum wurde ergriffen, Volksabstimmung ist für den 9. Juni 2024 angesetzt.]

- 29.9. / NR erledigt die Interpellation 23.3698 Interpellation von Thomas Rechsteiner (Mitte/AI) [PFAS-Regulierung](#) zum Wohl unserer Umwelt und Bevölkerung aufgrund der Stellungnahme des Bundesrats.
- 29.9. / Pierre-André Page (SVP/FR) zeigt sich nicht zufrieden mit der Antwort des BR auf seine Motion zu [Ausnahmen vom Schleppschlauchobligatorium beim Ausbringen von Gülle](#). Eine Diskussion wird aufgeschoben. Die Möglichkeiten für die zahlreichen Ausnahmen seien klar, transparent und umfassend dargestellt und kommuniziert. Die Inkraftsetzung des Obligatoriums sei schon einmal um 2 Jahre verschoben worden (auf 1.1.2024) begründet der BR u.a. seine Haltung, von zusätzlichen Ausnahmen abzusehen.
- 5.10. / Der Kanton St. Gallen reicht eine Standesinitiative 23.318 ein: «[Verbandsbeschwerderecht bei Energieprojekten anpassen](#)». Die Umsetzung der Energiestrategie 2050 in der Schweiz sei mit der aktuellen Praxis des Verbandsbeschwerderechts nicht möglich, heisst es in der Begründung. Das Recht strapaziere die demokratischen Grundprinzipien und den Rechtsstaat.
- 💧 7.12. / nach dem Nationalrat stimmt auch der Ständerat grundsätzlich einer [Stärkung der Kreislaufwirtschaft](#) mit Revisionen im Umweltschutzgesetz zu. Wasserrelevant ist die Vorschrift zur Wiederverwertung von Phosphor aus dem Klärschlamm und neu auch Stickstoff aus der Abwasserreinigung. Die Formulierung ist stark relativiert: «Abfälle müssen der Wiederverwendung zugeführt oder stofflich verwertet werden, wenn dies technisch möglich und wirtschaftlich tragbar ist und die Umwelt weniger belastet als eine andere Entsorgung oder die Herstellung neuer Produkte.» Noch bestehen kleinere Differenzen zwischen den Räten. Hintergrund sind [mehrere parlamentarische Initiativen](#), eine Petition sowie Postulate.
- 💧 18.12. / Werner Salzmann SVP/BE reicht eine Motion 23.4379 ein: «Anpassung des Gewässerschutzgesetzes an die praktizierende Nutztierhaltung.» Der Vorstoss verlangt, dass Bauern mit Nutztieren auch ihr [häusliches Abwasser landwirtschaftlich verwerten](#) dürfen und von der Anschlusspflicht an die Kanalisation befreit werden.

- 20.12. / NR stimmt entgegen dem Antrag des Bundesrats dem Postulat 23.4331 aus der WAK zu: «Strategie zur [Sicherung der Schweizer Trink- und Mineralwasserquellen](#) sowie der Wasserversorgungsanlagen».
- 21.12. / Interpellation 23.4460 «[Trinkwassergrenzwerte](#) und Altlastenmanagement» von Florence Brenzikofer GPS/BL. Sie verlangt tiefere PFAS Grenzwerte für Trinkwasser. Siehe auch [Motion 22.3929](#) .[PFAS Sachen zusammenfassen]
- 21.12. / Der Nationalrat berät den [Beschleunigungserlass](#) des Bundesrats (23.051, Änderung Energiegesetz), mit dem die Verfahren für die Planung und den Bau von Solar-, Wind- und Wasserkraftwerken verkürzt sowie Aus- oder Neubau von Kraftwerken und Stromnetz in der Schweiz forciert werden sollen.
- 21.12. / Das Parlament verabschiedet das [Budget 2024](#). Ausser bei Armee und Landwirtschaft wird in allen Bereichen zwei Prozent gekürzt. Für die Gewässerrelevant ist der Budgetposten [Revitalisierung](#) (A236.0126). Er sieht gut 36 Mio. CHF vor. Dies obwohl gemäss BAFU dieser vollständige Betrag bereits verpflichtet ist, womit umsetzungsreife Projekte der Kantone in der Höhe von rund CHF 32 Mio. im Jahr 2024 wohl nicht angegangen werden können. Ein Antrag auf Aufstockung unterliegt.
- 22.12. / Michael Töngi GPS/LU lanciert die Interpellation 23.4482 : « Wie gefährlich sind [übermässige Ammoniak- und Stickstoffemissionen](#) für die Gesundheit?» Er zielt u.a. auf die (zu) hohen Tierbestände in der Zentralschweiz.
- 22.12. / NR verschiebt Diskussion zur Interpellation 23.4123 «[Pestizidzulassung](#). Ein weiterer Skandal. Was sagt das über das Zulassungsverfahren aus?» von Kilian Baumann GPS/BE. Kernfrage ist dabei, ob nicht eingereichte Unterlagen zu einzelnen Stoffen im Zulassungsverfahren ein Risiko darstellen.
- 22.12. / Niklaus-Samuel Gugger EVP/ZH reicht die Interpellation 23.4516 ein: «[PFAS-Belastung in Schweizer Gewässer und Fisch](#): kumulierte und kombinierte Effekte auf die menschliche Gesundheit berücksichtigen!»
- 22.12. / NR nimmt das Postulat 23.4074 von Jacques Bourgeois (FDP/FR) / übernommen von Simone de Montmollin (FDP/GE) an: «[Wegfall wirksamer Wirkstoffe für den Schutz von Kulturen](#) und Einschränkungen im Bereich der Dünger. Welche Auswirkungen für die Landwirtschaft?» Die Absenkpfade für Stickstoff und Pestizide seien zu steil, argumentiert der Postulant. Es komme zu Ertragsrückgängen und der Ausbreitung von Schädlingen. Die Ip 23.4134 von Valentine Python (GPS/VD) «[Anpassung der Nährstoffverluste nach oben](#). Welche Folgen hat dies für die Ökosysteme, die landwirtschaftliche Produktion, die Abschwächung der Klimaerwärmung und die Anpassung an den Klimawandel?» wird hingegen abgeschrieben, da die Urheberin aus dem Rat ausgeschieden ist.
- 22.12. / Im Parlament kommt keine Einigung zustande zum [indirekten Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative](#). Der Ständerat lehnt einen reduzierten Vorschlag zum zweiten Mal ab. Die Initiative kommt damit voraussichtlich im September 2024 zur Abstimmung. Als Reaktion darauf reichen Heidi Z'graggen (M-E/UR) im Ständerat 23.4432 und Martin Bäumle (GLP/ZH) im Nationalrat 23.4520 die Motionen «[Förderung der Qualität der bestehenden Schutzflächen und der Biodiversität im Siedlungsraum](#)» ein.

Ausserdem...

- Kreisläufe schliessen: Die Parlamentarische Initiative Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken [Palv 20.433](#) kommt in der Frühlingssession (traktandiert für 26.2.24) in den NR. <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2023/13/de> Sie enthält verschiedene wasserrelevante Bestimmungen, so zur Rückgewinnung von Stickstoff und Phosphor aus dem Abwasser.

Abgeschrieben:

- [21.3162](#) Interpellation / Wie schützen wir Mensch und Natur vor PCB aus Kraftwerksanlagen?
- [21.3135](#) Interpellation / Der Neuenburgersee ist keine Munitionsdeponie!
- [21.3254](#) Interpellation / Der Sihlsee als Speicher für erneuerbare Energien
- [21.3860](#) Interpellation / Wohin genau fliessen die zusätzlichen Gelder, die für die Extensivierung des Gewässerraumes bereitgestellt werden?
- [23.4151](#) Motion / Wasser gehört in Schweizer Hände

Verwaltung

- 12.1. / BAFU Publikation Vollzugshilfe «Sanierungsbedarf sowie Ziele und Dringlichkeit einer [Sanierung](#)» ([Altlasten und Wasser](#))
- 8.2. / BAFU - Aktualisierte Publikation: [Rote Liste der gefährdeten Arten der Schweiz - Fische und Rundmäuler](#) - Der Gefährdungstatus von 71 einheimischen Fischen und Rundmäulern wurde gemäss den Kriterien der Weltnaturschutzunion (IUCN) bestimmt. Mit Ausnahme von 5 Arten, über die noch zu wenig bekannt ist, stehen 43 Arten auf der Roten Liste, wovon 9 bereits ausgestorben sind. Des Weiteren sind 9 Arten als potenziell gefährdet und 14 Arten als nicht gefährdet eingestuft. Die Beurteilung stützt sich auf rund 70 000 Beobachtungen, wovon 87 Prozent in Fliessgewässern und 13 Prozent in stehenden Gewässern erfolgten. Diese revidierte Rote Liste ersetzt jene von 2007.
-  2.6. / Das BFE sendet eine Überarbeitung der Vollzugshilfe Wasserkraft (Festlegung der für die Nutzung der [Wasserkraft geeigneten Gewässerstrecken im kantonalen Richtplan](#)) in die Vernehmlassung. Die Kriterien und Kategorien der Nutzungseignung oder Nicht-Nutzung von Gewässerabschnitten sind umstritten. Die Einträge in den Kantonalen Richtplänen haben aber relativ grosses Gewicht. Einzelne Kantone, wie BE, VS und GR haben ihre Richtpläne bereits überarbeitet.
- 15.9. / Das BAFU publiziert zwei neue Berichte zum Gewässerraum: Empfehlung [Fachgutachten Gewässerraum](#) grosse Fliessgewässer (PDF, 3 MB, 15.09.2023) ; Bestimmungen der [natürlichen Sohlenbreite](#) von Fliessgewässern (PDF, 14 MB, 15.09.2023)
- 23.11. / Das BAFU publiziert die Vollzugshilfe für [Projekte in der Landwirtschaft nach Artikel 62a](#) GSchG zur Erfüllung der Anforderungen an die Wasserqualität.
- 28.11. / Agroscope präsentiert neue [Nährstoffbilanzen für die Periode 1975 – 2021](#). Die Verluste bei Stickstoff und Phosphor hätten seit 2014 um rund 10 Prozent abgenommen. Es brauche aber noch weitere Anstrengungen, um die von der Politik vorgegebenen Ziele zu erreichen, heisst es darin.
- 30.11. / Das BAFU berichtet über die [Auswirkungen der verringerten Restwassermengen](#) im Rahmen der (Not-)Verordnung über die befristete Erhöhung der Stromproduktion bei Wasserkraftwerken. Die Verringerung benetzter Flächen und Abflussmengen unter dem gewässerökologischen Alarmwert wurden von den Kantonen gemeldet. Es sei davon auszugehen, dass bei starken Reduktionen des Restwassers das Gewässerökosystem und die darin lebenden Fischpopulationen beeinträchtigt wurden, heisst es im Bericht. Von der angestrebten zusätzlichen Stromproduktion bis zu 150 GWh wurden in den 6 Monaten, in denen die Verordnung in Kraft war von den 44 beteiligten Kraftwerken rund 26 GWh zusätzlich produziert.
- 18.12. / Das EDI (BLV) schickt die [Totalrevision der PSMV](#) in Vernehmlassung (bis 29.3.2024) Einer der Kernpunkte ist die automatische Übernahme von EU-Zulassungen und Rückzügen durch die Schweiz.

Gerichte

- 24.2. / Das Bundesgericht weist mit dem Entscheid ([1C 553/2020](#)) eine Beschwerde eines Landeigentümers an der Sure gegen den Kanton Luzern ab. Sie richtete sich gegen ein integrales Hochwasserschutz- und Revitalisierungsprojekt, insbesondere gegen Revitalisierungsmassnahmen. Dem hält das oberste Gericht entgegen, dass Massnahmen zum Hochwasserschutz auch die Anforderungen des Natur- und Landschaftsschutzes integrieren müssen und umgekehrt.
- 31.8. / Das Bundesgericht stützt die Phosphorverordnung des Kantons Luzern und weist die Beschwerde des Bauernverbands und 82 Bauern ab. Das Urteil erwähnt Untersuchungen der Eawag und stützt die angestrebten tieferen Frühlings-Phosphorwerte in den Luzerner Mittellandseen. Es dürfte auch für andere Kantone relevant sein. Urteil [1C 583/2021](#)
- 15.9. / Das Bundesgericht schützt den Artenschutz, bzw. den Entscheid des Kantons Zürich, einem Projekt zur "Bodenverbesserung" auf vernässten Standorten in Gossau die Bewilligung zu verweigern. Urteil [1C 398/2022](#)
- 9.10. / Das St. Galler «Tagblatt» erhält vor Bundesgericht recht: Behörden müssen Einsicht gewähren in die Strafakten zum Goldacher Umweltskandal, wo PFAS Löschschaum in die Goldach und den Bodensee gelangt sind. Urteil: [1C 520/2022](#).

Kantone (Auswahl)

- 28.3. / Baselstadt soll [neues Wassergesetz](#) bekommen.
- 30.6. / Graubünden schliesst die Vernehmlassung für einen [kantonalementen Energierichtplan](#) mit Wasserkraft-Details. Als einer der ersten Kantone kategorisiert GR die Gewässerstrecken nach Nutzungseignung, auch solche, die frei bleiben sollen.
- 2.2. / Im Kanton Aargau wird von Umweltschutzorganisationen die [Gewässerinitiative](#) eingereicht. Der [Bauernverband](#) ist dagegen.
- 24.8. / Vier Umweltverbände stellen ihre Vision für ein naturnahes 3-Seen-Land vor (Kantone NE, BE, FR, VD, JU): <https://dreiseenland2050.ch/> Landschaftsentwicklung und Biodiversität sollen mit der landwirtschaftlichen und touristischen Nutzung in Einklang gebracht werden.
- 14.9. / Der Kanton VD präsentiert [PFAS-Messungen im Chablais](#); die Werte würden keine Massnahmen nötig machen, schreibt der Kanton.
- 19.9. / Der Kanton Fribourg startet einen [PFAS-Atkionsplan](#).
- 23.9. / Der Kanton Waadt startet die Arbeiten zur [dritten Rhonekorrektur](#) im Chablais
- 4.12. / Der Kanton Zürich schickt die völlig [neue Wasserverordnung](#) (zum neuen Wassergesetz) bis zum 22.3.24 in Vernehmlassung. Sie fasst Vorgaben aus fünf bisherigen Erlassen zusammen.

EU / Ausland

- 12.1. / Seit diesem Datum gilt die [neue EU Trinkwasserrichtlinie](#) (bzw. die Übergangsfrist zu deren Umsetzung in nationales Recht ist abgelaufen). Neben einem sicheren Zugang aller Menschen zu Trinkwasser verfolgt die Richtlinie das im europäischen «Green Deal» angekündigte Ziel für eine schadstofffreie Umwelt. Enthalten sind auch Vorschriften zu Materialien, die in Kontakt mit Trinkwasser kommen, und zum Verlust von aufbereitetem Trinkwasser bis zum Endverbraucher (heute EU-weit immer noch 23%!); siehe euwid 4-2023.
- 24.1. / Eine Studie aus «Sustainability» löst Diskussionen aus. Danach [reduzieren Sedimente die Speichervolumen von grossen Staudämmen](#) massiv, weltweit 28% bis 2050. In der Schweiz bis jetzt bereits rund 30%.

- 28.2. / Ein Rechtsgutachten des Deutschen BDEW zeigt, dass eine [verursachergerechte Finanzierung bei Schäden durch PFAS](#) nach EU Recht möglich ist.
- 15.3. / Das Deutsche Bundeskabinett verabschiedet eine [nationale Wasserstrategie](#).
- 21.3. / Die [EU-Abwasserrichtlinie](#) ist in Überarbeitung. Zentrale Punkte sind die Umsetzung von dritten und vierten Stufen auf den ARA und die "Herstellerverantwortung" - sprich wer bezahlt gemäss Verursacherprinzip?
- 28.3. / EU Kommission publiziert Bericht [Drought in Europe](#) - der trockene und warme Winter führt schon im März zu Dürre im Süden und Westen Europas. Die Forderung daraus: Die Staaten sollen ihre Wassernutzungspläne überarbeiten.
- 22.-24.3. / [Uno Weltwasserkonferenz in New York](#) mit Aktionsagenda zum besseren Schutz des Wassers. Generalsekretär António Guterres nimmt die Länder nach der Konferenz in die Pflicht.
- 26.6. / neue EU Normen für die sichere [Wiederverwendung von behandeltem Abwasser](#) (v.a. für die Bewässerung in der Landwirtschaft); bisher EUweit nur 2,4% des behandelten kommunalen Abwassers wiederverwendet.
- 12.9. / Das EU-Parlament beschliesst eine [Überarbeitung der WRRL](#) (inkl. Grundwasserrichtlinie und Oberflächenwasserrichtlinie). Ziele sind eine Reduktion von Schadstoffen, regelmässige Aktualisierung und mehr Stoffe, die überwacht werden (inkl. Mikroplastik und antibiotika-resistente Mikroorganismen). Zudem soll das Verursacherprinzip gestärkt werden.
- 25.9. / Die EU Kommission beschliesst ein [Verbot von zugesetztem Mikroplastik](#) – mit längeren Übergangsfristen. Es folgen Vorschriften gegen [Granulat auf Sportplätzen](#), Kosmetika, Glitter oder Mikroplastik-Zusätze in Düngern etc.
- 17.10. und 24.10. / Der Rat der Umweltminister der Europäischen Union hat sich zum Prinzip der [erweiterten Herstellerverantwortung \(ERP\)](#) für die vierte Reinigungsstufe in Kläranlagen ausgesprochen. Hersteller von Arzneimitteln und Kosmetika, die zu einer Verschmutzung des kommunalen Abwassers durch Mikroverunreinigungen führen, sollen einen Beitrag zu den Kosten der zusätzlichen Behandlung leisten.
- 16.11. / Frankreich möchte, dass die Schweiz [mehr Wasser aus dem Léman](#) ablässt, weil die AKWs in Bugey um zwei Reaktoren ausgebaut werden sollen. Das führt zu Protesten in Genf.
- 21.11. / Der EU-Umweltausschuss stimmt einem neuen [Gesetz zur Wiederherstellung der Natur](#) zu. Bis 2030 sollen 25'000 km Flüsse in den EU Ländern in frei fliessenden Zustand versetzt werden. Die Vorlage kommt 2024 ins EU-Parlament.
- 22.11. / Das EU Parlament lehnt die [neue Pflanzenschutzverordnung](#) mit Vorgaben zu einem reduzierten Pestizideinsatz ab.